



öffentlich

**Betreff:**

Beitritt zur Verfassungsbeschwerde

**Einreicher:** Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Erstellungsdatum 09.01.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.01.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für die Landeshauptstadt Potsdam der Verfassungsbeschwerde der kreisfreien Städte gegen das Finanzausgleichsgesetz des Landes Brandenburg beizutreten.

gez. Saskia Hüneke  
Fraktionsvorsitzende  
B 90/Die Grünen

gez. Michael Schröder  
Fraktionsvorsitzender  
DCU/ANW

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die zögerliche Haltung des Landes in der Frage einer bedarfsgerechten Finanzausstattung der kreisfreien Städte erfordert die gemeinsame Anstrengung aller politischen Kräfte. Nur im Zusammenspiel mit den anderen kreisfreien Städten ist eine Verbesserung der Finanzausstattung beim Land zu erreichen.